

Wildursprungszeichen: Bayerische Staatsregierung steht hinter den Jägern des BJV

Ein Wildursprungszeichen für die Vermarktung kleiner Mengen erlegten Schalenwildes ist überflüssig – diese Meinung des BJV teilt einhellig auch die Bayerische Staatsregierung. Anders jedoch der DJV, eigentlich die Vertretung der bundesdeutschen Jäger und ihrer Interessen: Er plädiert für den hoch bürokratischen Herkunftsnachweis selbst bei kleinen Mengen von Wildbret. „Das Wildursprungszeichen ausschließlich für Schalenwild soll über die Verordnung in allen Bundesländern Pflicht werden“, schreibt DJV-Präsident Jochen Borchert an den BJV. „Damit ist der EU-seitig geforderte Herkunftsnachweis erfüllt. Darüber hinaus ergeben sich Vorteile bei der Vermarktung. (...) Gerne möchte ich im DJV die Anliegen unterstützen, wenn mir überzeugende Argumente geliefert würden, warum ... das Wildbret nicht die Rückverfolgbarkeit der Herkunft nachweisen muss, während jedes andere Stück Fleisch derart behandelt wird.“

So ist die paradoxe Situation entstanden, dass Helmut Brunner, Bayerischer Staatsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, dem DJV-Präsidenten Jochen Borchert in einem Schreiben ausführlich erläutern musste, warum das Wildursprungszeichen für die Jäger nur überflüssige Bürokratie und für die Gesellschaft ohne Nutzen ist. Auch Dr. Markus Söder, Bayerischer Staatsminister für Gesundheit und Umwelt, hat sich klar gegen die Einführung von Wildursprungszeichen ausgesprochen. Hier einige Auszüge aus den diesbezüglichen Briefen.

Staatsminister Helmut Brunner an DJV-Präsident Jochen Borchert:



Staatsminister Brunner: „Wildursprungsschein weder erforderlich noch zweckmäßig“

„...stelle ich Ihnen gerne ausführlicher dar, weshalb wir die Einführung von Wildursprungsscheinen weder für erforderlich noch für zweckmäßig halten.

Wildursprungsscheine würden einen hohen Verwaltungsaufwand erfordern, der in keinem Verhältnis zum Sicherheitsgewinn für die Verbraucher stünde. Dabei behauptet gerade der Bund (vgl. z. B. BR-Drs. 627/07), dass er eine Reduktion der Bürokratiebelastung anstrebe, die hier ohne Notwendigkeit wieder erhöht würde.

(...) Insbesondere ist die Einführung nicht bundesweit zwingend, soweit Bundesländer bereits nach Art. 18 VO (EG) Nr. 178/2002 die erforderliche Rückverfolgbarkeit sichergestellt haben, wie z. B. in Bayern. Die nach EU-Recht erforderliche und auch aus meiner Sicht sinnvolle Zurückverfolgbarkeit kann erweitert werden durch

- unbürokratische Registrierung des Jägers über die Streckenliste und
- eigenverantwortliche Aufbewahrung der entsprechenden Aufzeichnungen (über



Staatsminister Dr. Söder: „Wildursprungsschein und -marke fachlich nicht erforderlich“

die Abgabe von Wild durch den Jäger an Dritte). (...) Als Lösung des Problems haben wir über das Bayerische Umweltministerium alternativ zur vollständigen Streichung des Wildursprungsscheins folgende Variante vorgeschlagen:

Wildursprungsscheine sollten zumindest in den Bundesländern nicht erforderlich sein, in denen die landesrechtlichen Vorschriften die nach EU-Recht erforderliche Rückverfolgbarkeit sicherstellen. (...)

Sehr geehrter Herr Präsident, insgesamt halte ich es gerade beim Thema Wildbrethygiene für wichtig, an einem Strang zu ziehen, um praktikable Lösungen für die Jägerschaft zu erreichen.“

Staatsminister Dr. Markus Söder (Gesundheit) an Staatsminister Helmut Brunner (Ernährung):

„Der Wildursprungsschein, so wie er im Verordnungsentwurf vorliegt, geht zurück auf eine Entschließung des Bundesrates im Jahr 2004. Bayern stimmte bereits damals gegen den Antrag Mecklenburg-Vorpommerns. (...)

Die geplante Einführung von Wildursprungsschein und Wildmarke ist fachlich nicht erforderlich. Auf allen Bundesländer-Besprechungen zu dieser Verordnung, zuletzt im September 2008, und in der schriftlichen Stellungnahme vom 14.08.2008 hat sich Bayern gegen die Einführung dieser Vorschrift ausgesprochen.“

Staatssekretärin Melanie Huml, MdL, (Gesundheit) an BJV-Präsident Prof. Dr. Jürgen Vocke:

„(...) Das BMELV hat ... im Verordnungsentwurf den Wildursprungsschein und die Wildmarke für jegliches Inverkehrbringen von Tierkörpern von Schalenwild vorgeschrieben. (...) Nicht erfasst vom Vorschriftsentwurf ist aber die Abgabe kleiner Mengen Wildfleisch durch den Jäger an Endverbraucher oder örtliche Einzelhandelsunternehmen. Die Abgabe von Wildfleisch in diesem Rahmen kann, auch wenn die Verordnung in Kraft tritt, ohne Wildursprungsschein und Wildmarke erfolgen. Kleine Mengen Wildfleisch können die Jäger also in jedem Fall weiterhin unbürokratisch an Endverbraucher oder örtliche Einzelhandelsunternehmen abgeben. (...)“

Red.

Staatssekretärin Melanie Huml



Bayerische Bundesministerin Ilse Aigner besuchte „ihre“ Jäger



Die Zusammenarbeit des BJV mit der Bundesregierung wird immer enger. Kürzlich stattete eine hochrangige Vertreterin des Bundeskabinetts dem „Haus der bayerischen Jäger“ einen Besuch ab: BJV-Präsident Jürgen Vocke empfing Ilse Aigner, Bundesministerin

für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, die dadurch ihre Verbundenheit zu den bayerischen Jägern zum Ausdruck brachte. Begrüßt wurde sie auch von den Freisinger Jagdhornbläsern. Vocke trug wichtige aktuelle Anliegen der bayeri-

schen Jäger an die Ministerin heran. Vor allem bat er eindringlich, eine Novellierung des Bundesjagdgesetzes zu verhindern, sollte sie erneut auf den Tisch kommen. „Natürlich gibt es Dinge, die man fortentwickeln kann und auch muss“, so Vocke. „Doch wenn sich etwas bewährt hat, wie unser Jagdgesetz, sollte man doch auf eine Erneuerung verzichten, vor allem wenn sie eine deutliche Verschlechterung für Wild, Jagd und Jäger bedeuten würde.“ Des Weiteren suchte der BJV-Präsident Unterstützung in Sachen Genehmigung zum Aufstellen der Verkehrswarnschilder bei Treib- und Drückjagden, auf die der BJV schon seit einem dreiviertel Jahr warte.

Vocke informierte Aigner außerdem über ein Thema, das

vor allem den ostbayerischen Jägerinnen und Jägern derzeit unter den Nägeln brennt: Um das Schalenwild zu entwurmen, fand in der Tschechischen Republik Ende Januar eine Beköderungsaktion statt, die möglicherweise jährlich wiederholt werden soll. Das mit Medikamenten behandelte Wild, das nach Bayern überwechselt, darf hier aber nicht bejagt beziehungsweise das Wildbret nicht in den Verkehr gebracht werden. Die Untersuchungen erlegter Tiere sind den Jägern mit Kosten von circa 150 Euro pro Stück nicht zuzumuten. Die Schwarzwildproblematik nehme also vor allem im Raum der Staatsgrenze zu Tschechien derzeit noch zu. Die Bundesministerin sagte eine Überprüfung durch ihr Ministerium zu. SG

Ministerpräsident Seehofer: „Jäger leisten unverzichtbaren Beitrag“

Der BJV ist für die Bayerische Staatsregierung ein wichtiger Ansprechpartner. Das geht aus einem persönlichen Schreiben des Bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer an BJV-Präsident Prof. Dr. Jürgen Vocke von Ende Januar hervor. „Der Landesjagdverband setzt sich seit Jahrzehnten auf allen Ebenen nachhaltig und tatkräftig für die Belange der Jagd und der Natur ein“, schreibt Seehofer. „Bayerns Jägerinnen und Jäger leisten einen unverzichtbaren Beitrag zum Erhalt der biologischen Vielfalt und unserer Heimat.“ Red.



Der BJV gratuliert Bundeswirtschaftsminister Dr. Karl-Theodor zu Guttenberg

Der BJV gratuliert seinem Mitglied, dem Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Dr. Karl-Theodor zu Guttenberg, zum neuen Amt. Guttenberg ist Jäger und Mitglied der BJV-Kreisgruppe Kulmbach. Die Jagd und ein Verständnis für den Wald liegen bei dem 1971 Geborenen sozusagen in der Familie: Zu ihrem Besitz gehören laut „Wirtschaftswoche“ unter anderem eine Forstverwaltung, mehrere Hundert Hektar Grundbesitz in der Gemarkung Guttenberg und über dreihundert Hektar Forstwirtschaft in Hessen.



Auch zu Guttenbergs Vater Enoch, Dirigent, ist Jäger und Mitglied in der BJV-Kreisgruppe Kulmbach. Red.

Fehlerteufel unterwegs

Liebe Mitglieder, nachdem BJV-Präsident Prof. Dr. Jürgen Vocke ein ganzes Jahrzehnt Mitglied des Landtags

war, hat sich der kleine Namenszusatz „MdL“ so sehr in das Gedächtnis aller BJV-Mitarbeiter eingebrannt, dass

wir ihn manchmal übersehen haben, wenn er sich in den vergangenen Monaten vereinzelt noch in unsere

Dokumente schlich. Wir bitten um Entschuldigung für diesen Druckfehler.

Die Redaktion